76. Jahrgang. Nr. 362 — Mittwoch, 3. August 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-N. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr: Monatlich zweimaliger Zustellung monatlich 3.90 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.90 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7maligem wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Krisenabschlag. Stellengesuche, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Um Preußens Vertretung im Reichsrat

Neue Erklärungen der Zentrums-Fronde

Berlin, 2. Aug. Die heutige Sitzung ist die erste Vollsitzung, die der Reichsrat nach dem Erlaß der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli abhält. Einzelne Länder und Bevollmächtigte der preußischen Provinzen haben bereits zu Beginn der Ausschußsitzung am 27. Juli ihre Stellungnahme zu den aus dem Inhalt dieser Verordnung hergeleiteten Rechtsfragen bekanntgegeben und sich dabei unter Wahrung ihres Rechtsstandpunktes zur Mitarbeit im Reichsrat bereit erklärt. Die Reichsregierung hat von den Erklärungen Kenntnis genommen und gibt nach dem Inhalt dieser Erklärung der Hoffnung Ausdruck, daß die Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Ländern im Reichsrat sich weiterhin reibungslos vollziehen wird. Die Reichsregierung glaubt, sich zu einer solchen Erwartung um so mehr berechtigt, als Gewähr dafür gegeben ist, daß die Rechtslage durch Entscheidung des Staatsgerichtshofes eine baldige endgültige Klärung findet.

Den Vorsitz führt Reichsinnenminister von Gayl, der die Sitzung mit einem Nachruf für die Opfer des „Niobe"-Unglücks eröffnete. Der Minister sprach allen denen, welchen durch diese Katastrophe schwerstes Herzensleid zugefügt worden sei, den Eltern, den Kameraden und der Marine das Beileid der Reichsrats aus. Der Minister gab dann die Erklärung ab, in der er auf die Verordnung über die Einsetzung des Reichskommissars in Preußen Bezug nahm.

Einzelne Länder und Bevollmächtigte der preußischen Provinz hätten bereits in der Ausschußsitzung vom 27. Juli ihre Stellungnahme zu der Rechtsfrage bekanntgegeben und sich unter Wahrung ihres Rechtsstandpunktes zur Mitarbeit im Reichsrat bereiterklärt. Die Reichsregierung habe von den Erklärungen Kenntnis genommen und gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Zusammenarbeit zwischen der Reichsregierung und den Ländern im Reichsrat sich weiter reibungslos vollziehen werde, zumal Gewähr gegeben sei, daß die Rechtsfrage durch die Entscheidung des Staatsgerichtshofs baldigst endgültig geklärt werde.

Der Vertreter der bayrischen Regierung gab darauf eine Erklärung ab, in der es heißt, daß es mit dem Verhältnis zwischen Reichsrat und Reichsregierung nicht zu vereinbaren sei, daß Bevollmächtigte zum Reichsrat durch ein Organ der Reichsregierung ernannt und mit Weisungen versehen würden.

Die bayrische Staatsregierung sei der Auffassung, daß die derzeitige Zusammensetzung des Reichsrats nicht der Reichsverfassung entspreche

und daß der Reichsrat nicht in der Lage sei, die ihm nach der Verfassung zukommenden Rechte auszuüben. Von einem Vertagungsantrag sehe Bayern nur ab, weil dafür keine Mehrheit zu erwarten sei. Es behalte sich aber ausdrücklich alle weiteren Schritte vor und könne sich nur unter diesem Vorbehalt an den Verhandlungen beteiligen.

Der Vertreter Württembergs nahm in einer Erklärung Bezug auf das Schreiben der württembergischen Regierung an den Reichspräsidenten und unterstrich gleichfalls nochmals die starken Bedenken der württembergischen Regierung hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit der Instruktionen der preußischen Bevollmächtigten. Er sprach den Wunsch aus, daß bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofes

nur dringliche Angelegenheiten im Reichsrat

beraten werden.

Die Vertreter Badens, Hessens, Hamburgs, Lübecks, Bremens, Lippes und Schaumburgs schlossen sich den abgegebenen Erklärungen an. Schaumburg-Lippe äußerte zugleich den Wunsch, daß die Reichsregierung alles versuchen solle, um eine Beschleunigung des Verfahrens vor dem Staatsgerichtshof herbeizuführen.

Der Vertreter der Rheinprovinz, Hamacher, gab namens der preußischen Provinzen Grenzmark-Posen-Westpreußen, Niederschlesien, Oberschlesien, Sachsen, Westfalen, Hessen-Nassau und Rheinprovinz eine Erklärung ab, in der es heißt, daß die

Zusammensetzung des Reichsrats nicht durch Akte eines Reichskommissars verändert werden könne, und daß Verwahrung gegen das Vorgehen des Reiches eingelegt werde.

Angesichts der Tatsache, daß der Stuhl der preußischen Staatsregierung heute unbesetzt sei, werde von der Stellung eines Antrags auf Vertagung der Vollsitzung abgesehen. Die Teilnahme an der heutigen Beratung und Beschlußfassung könne nur mit der Einschränkung erfolgen, daß die Nachprüfung der Rechtmäßigkeit der Plenarsitzung, in der die Regierung des größten Landes nicht vertreten sei, vorbehalten bleibe.

Damit waren die Erklärungen beendet. Die Rechtsfrage soll im Verfassungsausschuß des Reichsrats noch einer Prüfung unterzogen werden.

Der Reichsrat trat dann in die Tagesordnung ein und beschäftigte sich mit der Verordnung über Handelsklassen für Weizen, Roggen, Futtergerste und Hafer und mit den Ausführungsbestimmungen über die Gutachterstellen für Handelsklassen.

Auf Vorschlag des Reichsinnenministers erklärte sich der Reichsrat dann damit einverstanden, daß für die nächsten drei bis vier Wochen eine Beratungspause eintritt. Minister von Gayl wies dabei darauf hin, daß vor dem Zusammentritt des neugewählten Reichstags, also vor Ende August, irgendwelche nennenswerten Vorlagen an den Reichsrat nicht gelangen könnten.

Eine Kommunistin Alterspräsident?

Klara Zetkin, das älteste Mitglied des neuen Reichstages

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 2. August. Wie bereits gemeldet, hat die Nationalsozialistische Partei bisher noch keine Entscheidung darüber getroffen, welcher ihrer Abgeordneten das Amt des Reichstagspräsidenten übernehmen soll. Infolgedessen wird man auch die verbreitete Meldung, daß der Abg. Stöhr in Frage komme, der bereits einmal kürzere Zeit als Vizepräsident des Reichstages gewirkt hat, als Vermutung aufzufassen haben. Die erste Sitzung eines neugewählten Parlamentes wird bekanntlich stets durch das älteste Mitglied geleitet. Es heißt nun, daß als ältestes Mitglied die kommunistische Abgeordnete Klara Zetkin in Frage komme, die im 75. Lebensjahre steht. Wenn diese sattsam bekannte Revolutionärin tatsächlich das älteste Mitglied des neuen Reichsparlamentes wäre,

so ergäbe sich der groteske Zustand, daß ausgerechnet eine Angehörige der staatsfeindlichen KPD. die erste Sitzung des Parlamentes leitete,

das nach dem einmütig zum Ausdruck gekommenen Willen der Wählerschaft endlich wieder Aufbauarbeit im Staate leisten soll. Doch sind die Nachprüfungen darüber, wer das älteste Mitglied des neuen Reichstages ist, noch nicht abgeschlossen. Im übrigen soll die Kommunistin Zetkin erkrankt sein und nicht die Absicht haben, der Eröffnungssitzung beizuwohnen. In diesem Falle würde nach den bisherigen Feststellungen des Alters der neuen Parlamentsmitglieder der Zentrumsabgeordnete Blum, der gleichfalls im 75. Lebensjahre steht, das Alterspräsidium übernehmen.

Obwohl die Zahl der Reichstagsabgeordneten stark zugenommen hat, ist im neuen Reichstage ein weiterer Rückgang der Zahl der weiblichen Abgeordneten zu verzeichnen.

Gehörten dem letzten Reichstage noch 89 weibliche Abgeordnete an, so werden es im neuen nur noch 36 sein. Hiervon entfallen auf die Sozialdemokraten 15, auf die Kommunisten 10, auf das Zentrum 6, auf die Deutschnationalen 3, auf die Deutsche Volkspartei und die Bayrische Volkspartei je eine. Die Fraktion der NSDAP. zählt überhaupt keine weiblichen Abgeordneten zu ihren Mitgliedern, da diese Partei, wie man weiß, grundsätzlich gegen die Ausübung des Abgeordnetenmandates durch eine Frau ist.

Zwischen Zentrum und Bayrischer Volkspartei werden zur Zeit, Verlautbarungen zufolge, Erörterungen gepflogen, die auf einen engeren Fraktionszusammenschluß beider Parteien hinauslaufen. Dabei soll jedoch den Parteien die organisatorische Selbständigkeit bleiben. Der engere fraktionelle Zusammenschluß wird vor allem deshalb erwogen, weil Zentrum und Bayrische Volkspartei alsdann mit 99 Mandaten die drittstärkste Partei im Reichstage wären.

Politische Ferien in Berlin

Berlin, 2. August. Reichskanzler von Papen hat am heutigen Dienstag Berlin für einen kurzen Urlaub verlassen. Er wird Anfang nächster Woche wieder in Berlin sein. Auch Reichswehrminister von Schleicher hat für einige Tage Berlin verlassen. In der Reichshauptstadt verblieben sind Reichsinnenminister Freiherr von Gayl sowie der Reichsaußenminister von Neurath.

Politische Verhandlungen, die im Zusammenhang mit dem Ergebnis der Reichstagswahl stehen, würden demnach frühestens Anfang oder Mitte nächster Woche stattfinden können, sofern die Parteien das Bedürfnis hierzu empfinden. In Kreisen der Reichsregierung steht man, wie mehrfach berichtet, auf dem Standpunkt, daß für die Reichsregierung selbst nach diesem Wahlergebnis kein Grund vorliegt, irgendeine Neuordnung oder auch personelle Veränderung in der Reichsregierung eintreten zu lassen.

Nationalwirtschaft!

Schachts Grundsätze einer deutschen Wirtschaftspolitik

Der frühere Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht, weitesten Kreisen bekannt geworden nicht nur durch seine Mitwirkung bei der Stabilisierung der deutschen Währung und durch seine Sachverständigentätigkeit während der Pariser Verhandlungen um den Youngplan, sondern vor allem durch seinen entschiedenen Kampf gegen das Haager Tributabkommen und seinen mutigen Widerstand gegen die verfehlte Auslandanleihen- und Defizitwirtschaft der früheren Reichsregierungen, hat in einem kleinen, aber sehr inhaltsreichen Bändchen in knappster und klarster Form seine wirtschaftspolitischen Anschauungen niedergelegt.*) Schacht hat als wirtschaftspolitischer Schriftsteller mit seinem „Ende der Reparationen", das bei seinem Erscheinen an dieser Stelle besprochen wurde, bereits eine bedeutende wirtschaftswissenschaftliche Leistung vollbracht, die uns für den Kampf Deutschlands gegen die Tribute wertvolle Dienste leistete. Seit dieser Zeit hat er im In- und Auslande unermüdlich für den deutschen Wiederaufbau geworben. Die Grundsätze einer deutschen Wirtschaftspolitik, deren Ziel die Ueberwindung der Nöte und Fehler der Nachkriegsepoche sein muß, gibt er nun zusammengefaßt in dem vorliegenden Werkchen.

An den Anfang seiner Betrachtung stellt er die Bemerkung, daß die Juni-Notverordnung der neuen Reichsregierung, deren Ursache in der vorangegangenen leichtfertigen Finanzpolitik und wirtschaftlichen und sozialen Mißwirtschaft liegt, den Abschluß einer Politik bilden müsse, die dem über Deutschland hereingebrochenen Schicksal des verlorenen Krieges nichts anderes entgegenzusetzen wußte, als Dulden, Entbehren und Sichselbstentäußern. Schacht meint, es sei kein bloßer Zufall, daß diese Politik zuletzt von einem Mann geführt wurde, der gewiß in seinem persönlichen Wandel einwandfrei war, der aber aus innerer, weltanschaulicher Nötigung heraus die Verelendung und Selbstentäußerung des deutschen Volkes bewußt zum Kernpunkt eines politischen Systems machte, der sich der Hoffnung hingab, man könne durch eine solche Askese aus den nationalen Nöten wieder herausgelangen. Gegen diese Auffassung wendet sich Schacht mit größter Schärfe. Ein Volk könne seine Lebensrechte nicht durch Selbstentäußerung erlangen oder wahren. Ohne unbändigen Lebenswillen müsse es untergehen. Die Ursachen für das Zurückdrängen dieses Lebenswillens sieht Schacht in voller Uebereinstimmung mit der nationalen Bewegung in dem Vordringen wesensfremder, von außen her aufgepfropfter und noch dazu mißverstandener Ideologien in der Richtung des Pazifismus, der Völkerverbrüderung und des Internationalismus. Der Wirtschaftspolitiker Schacht lehnt also mit Entschiedenheit den in den ersten vierzehn Jahren so oft aufgestellten Grundsatz ab, daß Wirtschaft unser Schicksal sei. Vielmehr bekennt er sich dazu, daß nur die Politik, und zwar eine leidenschaftlich nationale Politik, uns retten könne. Seine kategorische Feststellung lautet: Ohne eine vom nationalen Lebenswillen getragene Regierung kein Wiederaufschwung der deutschen Wirtschaft. Er meint, es sei das Verhängnis der deutschen Wirtschaft geworden, daß die sogenannten führenden wirtschaftlichen Kreise das nicht rechtzeitig verstanden hätten. Die deutschen Unternehmer könnten die schwere Schuld nicht von sich wälzen, die sie dadurch auf sich geladen hätten, daß sie mit jeder Regierung des marxistischen Systems glaubten paktieren zu können. Jetzt erst, nachdem die nationalen Kräfte ans Werk gelangt seien, sei die Bahn für eine erfolgreiche neue deutsche Wirtschaftsführung frei geworden.

Entschieden lehnt Schacht das Schlagwort ab, unsere Not sei eine Folge der Weltwirtschaftskrise. Nahezu fünf Jahre Krieg, mehr als fünf Jahre Inflation und dazu die dauernde marxistische Spiegelfechterei hätten die deutsche Wirtschaft von sämtlichen Reserven entblößt. Es sei eine gedankenlose Redensart, in England oder Amerika gehe es auch schlecht. Schachts Antwort darauf lautet: „So reich möchte ich sein, wie die Engländer, Amerikaner oder Franzosen arm sind." Das Bedrohliche der deutschen Lage sieht Schacht darin, daß wir keine Wirtschaftsreserven mehr einzusetzen haben. Er wirft der Brüningregierung vor, daß sie auch die letzten wirtschaftlichen Reserven aus dem deutschen Volke herausgezogen hat. Die Bezahlung der Kriegstribute aus geborgtem Gelde nennt er kurz und treffend „politischen Unfug". Zu dem unerhörten Steuer- und Lastendruck sei dank politischer Parteidoktrin der Versuch getreten, der Privatwirtschaft obendrein durch staatliche Unternehmungen Konkurrenz zu machen. Der Erfolg sei gewesen, daß die Steuerkraft der

*) Dr. Hjalmar Schacht „Grundsätze der deutschen Wirtschaftspolitik." Gerhard Stalling, Verlag, Oldenburg i. O.